

Bezugspreis:
Stückpreis 1,00 Mk. monatlich 2,00 Mk.
Preis des Jahrs 24,00 Mk.
Preis des Quartals 6,00 Mk.

Vorwärts

Anzeigenpreis:
Die Anzeigenpreise sind in Pfennigen
festzusetzen.
Für den ersten Tag 10 Pf.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190-15197.

Montag, den 28. April 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753-54.

Deutschlands Verzicht auf Kolonien gefordert!

Paris, 27. April. Nach dem diplomatischen
Situationsbericht berieten Wilson, Clemenceau
und Lloyd George am Sonnabend den Schluß des
Verichts der Finanzkommission. Es handelt sich dabei um
Kurs- und andere Finanzfragen, nicht um den Schadenersatz.

Japans Rechte auf Kiautschou sollen im Friedensvertrag
festgelegt werden. Dabei wird Japan die Verpflichtung auferlegt,
Kiautschou an China zurückzugeben. In der Frage von Schantung
kam es zu einem Kompromiß. Strittig ist nur noch die Frage des japanischen
Antrages auf Gleichberechtigung der Rasse.

Der amerikanische, britische, französische und japanische
Minister des Aeußeren beschloßen grundsätzlich, daß
Deutschland alle seine Kolonien abgeben muß. In der Frage des
Luftverkehrs wurde beschlossen, daß die alliierten Flieger bei
Gewährung von Gegenseitigkeit das Recht haben sollen,
deutsches Gebiet zu überfliegen.

Paris, 27. April. (Havas.) Die alliierten und assoziierten
Regierungen haben beschlossen, provisorisch in die Friedens-
preliminarien zur die Bestimmung aufzunehmen, daß
Deutschland auf seine früheren Kolonien verzichte. Die Frage
der Verteilung und der Bestimmung der Kolonialmandate wird
weiteren Beratungen vorbehalten.

Bis zum letzten Centime!

Die Besetzung des linken Rheinufers.

Bruxelles, 27. April. „Matin“ veröffentlicht in Ergänzung
der Ausführungen Hochs im Ministerrat die Auffassung
des interalliierten Oberkommandos über das
Regime auf dem linken Rheinufer. Danach müßte
Frankreich sich gegen die Wiederkehr von neuen
Angriffen schützen und müßte sich bis zum letzten
Centime bezahlen lassen. Solange müsse das linke
Rheinufer besetzt bleiben. Habe Deutschland voll
bezahlt, so sollten die Alliierten beschließen, ob das
Besatzungsheer vermindert, beibehalten oder
aufgehoben werden solle. Der Militärdienst werde in
Frankreich auf ein Jahr festgesetzt und 10 000 Franzosen
würden in den rheinischen Bezirken in den wundervollen
deutschen Kasernen liegen.

Henderson zur Friedensfrage.

Gegen den Bolschewismus.

Amsterdam, 27. April. In einer Unterredung mit einem
Sekretär von Ricome Rotterdamse Courant erklärte Henderson,
man erwäge den Plan, einen sozialistischen Studienaus-
schuß ausschließlich aus Sekretären neutraler Länder nach Ruß-
land zu entsenden. Solch ein Auschuß würde wahrscheinlich
Erfolge erzielen. Henderson erklärte, die britischen Ar-
beiter seien gegen jede Rachepolitik und forderten
nur, daß eine Schadenersatzung gemäß den Bestimmungen
des Waffenstillstandsvertrages von den Gegnern geleistet werde.
Er erinnerte nachdrücklich an die Tatsache, daß die Unterzeichnung
des Waffenstillstandsbedingungen sowohl Lloyd George als auch Clemenceau
und Orlando an Präsident Wilson ein Telegramm ge-
sandt hätten, in dem sie ihn ermächtigten,

den Frieden auf der Grundlage der bekannten
14 Punkte anzubieten;

richt sei es Aufgabe aller Parteien, danach zu streben, daß alle Er-
wartungen, die sich an diese 14 Punkte knüpfen, erfüllt würden.
Henderson sagte, der Bolschewismus sei in England noch nicht
durchgedrungen. Die britische Arbeiterpartei mißbillige jede
Schreckensherrschaft und jeden Mißbrauch der Macht, sie wende sich
ebenso gegen die Auswüchse des Bolschewismus, wie früher
gegen diejenigen der Zarenherrschaft. Zum Schluß erklärte Henderson,
er sei seinerzeit wegen politischer Meinungsverschiedenheiten in
der russischen Frage aus dem englischen Kabinett ausgeschieden, sein
Vertrauen in Lloyd George sei jedoch unerschütterlich.

Amsterdam, 28. April. Der Sekretär der britischen Arbeiter-
partei, Arthur Henderson, der als englischer Delegierter zu
der Internationalen sozialistischen Konferenz nach Amsterdam ge-
kommen ist, gewährte einem Vertreter des Wolffschen Bureaus eine
Unterredung, in der er u. a. auf die dringende

Notwendigkeit eines raschen Friedensschlusses
hinwies. Henderson sagte, die Berner Konferenz und die englischen
Arbeiter hätten sich mit allen Kräften dafür eingesetzt, die
sofortige Aufnahme Deutschlands und Rußlands in den Völkerverbund
durchzusetzen

oder doch wenigstens zu erreichen, daß sie nicht lange hinausge-
schoben wird. Die Unterzeichnung des Pariser Friedens würde von
selbst die

Aufhebung der Blockade

mit sich bringen. Wenn der Friede von den Deutschen nicht unter-
zeichnet würde, und in Deutschland der Bolschewismus mit seinen

unvermeidlichen Folgen käme, so würde das für Deutschland selbst
und für die ganze Welt ein Verhängnis sein. Es sei für die
Deutschen besser, einen unbefriedigenden Frieden an-
zunehmen, als durch Ablehnung der Friedensbedingungen einen
Zustand heraufzubeschwören, dessen Wirkung sich nicht absehen
lassen würde. In den Entente-Ländern, auch in England, herrsche
noch immer gegen die Aufrichtigkeit der demokratischen Um-
kehr in Deutschland großes Mißtrauen, das den dortigen
Arbeitern ihre Bemühungen erschwere.

Man könne u. a. nicht begreifen, warum in der deutschen Friedens-
delegation die Reichssozialisten zu schwach und die Unabhängigen
gar nicht vertreten seien.

Man sei geneigt, das als ein Zeichen dafür aufzufassen, daß der
Einfluß der Sozialisten in Deutschland tatsächlich nicht so aus-
schlaggebend sei, wie behauptet werde. Der beste Weg für
Deutschland, um zu einer baldigen Konsolidierung der Lage und
zu einem vernünftigen politischen und wirtschaftlichen Wiederauf-
bau zu gelangen, sei der, das noch immer starke Mißtrauen in
den Entente-Ländern dadurch zu beseitigen, daß es den Frieden an-
nehme und im Hinblick darauf vertraue, daß die Demokratie
der Westmächte stark genug sein werden, um seinen berechtigten
Forderungen Geltung zu verschaffen und dafür zu sorgen, daß
schließlich im Rahmen des Völkerverbundes eine allseitig be-
friedigende Regelung zustande kommt. Mit der Unter-
zeichnung des Friedensvertrages würden die Deutschen den Arbeitern
in den Entente-Ländern eine wirksame Waffe für eine energische
Aktion zugunsten Deutschlands in die Hände geben, und sie würde
als der beste Beweis dafür betrachtet werden, daß man in Deutsch-
land wirklich radikal mit der Vergangenheit gebrochen hat und ent-
schlossen ist, sich ehrlich an der Neugestaltung der Welt zu beteiligen.
Ein solcher Friede sei augenblicklich von so überragender Bedeu-
tung, daß daneben alle anderen Erwägungen in den Hintergrund
treten müßten.

Eröffnung der Amsterdamer Sozialisten-
konferenz.

Amsterdam, 26. April. Das Internationale So-
zialistische Bureau teilte mit, daß bezüglich der Offenheit
der Verhandlungen der Internationalen Sozialistischen Kon-
ferenz beschlossen wurde, die sozialistische Presse zu den
Erörterungen zuzulassen.

Als erster Redner erklärte der belgische sozialistische Abgeord-
nete Anseels im Namen der belgischen Arbeiterpartei, daß diese
an der Konferenz teilnehmen, und setzte aneinander, unter
welchen Bedingungen sie bereit sei, an einem allgemeinen Kongreß,
der innerhalb einiger Monate stattfinden soll, teilzunehmen. Die
Bedingungen stimmten mit den Beschlüssen der Berner Kon-
ferenz überein. Die belgische Partei verlangte, daß das Inter-
nationale Sozialistische Bureau wiederum seinen Sitz in Brüssel
nehme.

Im Namen des Komitees berichtete hierauf Ramsay
Macdonald über die in Paris getanen Schritte zur Ausfüh-
rung der in Bern gefaßten Beschlüsse. Im Anschluß daran kam
es zu einer Debatte darüber, was außerdem noch für die Pro-
pagierung der Berner Beschlüsse getan werden könne.

Die Beratungen werden morgen fortgesetzt.

Amsterdam, 27. April. Wie verlautet, kam man auf der gestern
abgehaltenen nicht öffentlichen Sitzung der Internationalen Sozia-
listenkonferenz überein, die Frage der Verantwortlichkeit
für den Krieg in einigen Monaten auf dem Londoner Kon-
greß zur Sprache zu bringen, da die Belgier ihre Teilnahme
an der Konferenz an diese Bedingung geknüpft hatten. Macdo-
nald erklärte über den von der Friedenskonferenz ausgearbeiteten
Völkerverbundentwurf Bericht und teilte mit, daß Lord
Robert Cecil der Berner Delegation erklärte, daß Deutsch-
land mit Rußland in den Völkerverbund aufge-
nommen werden, sobald es die Umstände gestatteten. Der argen-
tinische Delegierte Tomaso unterbreitete eine Erklärung über
den von der Friedenskonferenz gefaßten Beschluß, in
Deutschland ein Berufsheer ins Leben zu rufen. Darin heißt
es, auf der Friedenskonferenz habe man gesagt, diese Lösung der
Frage sei der Beginn der Abrüstung in Europa. Wenn
dieses System von den anderen Ländern angenommen werden
würde, so entstünde daraus für den Sozialismus und die
Demokratie eine große Gefahr, denn das Berufsheer könne
in Händen der Regierung und der Gegenrevolution ein gefährliches
Instrument sein; die Sozialisten müßten dieses System bekämpfen.
Die Erklärung schließt mit der Forderung der Volksmiliz.
Macdonald hat, daß dieser Vorschlag zurückgezogen werde; die eng-
lischen Vertreter hätten sich nicht gegen das Berufsheer erklären.
Renouard unterstützte den argentinischen Vorschlag, indem er
erklärte, die Engländer sprächen wohl von der Abrüstung zu Lande,
aber nicht von der Abrüstung zur See, und aus diesem Grunde
erkennt sie auch nicht die Gefahr eines Berufsheeres. Renouard
fuhr fort, man müsse von der Friedenskonferenz in Paris ver-
langen, daß sie die Sozialisten von neuem in der Frage des
Völkerverbundes anhöre; wenn diese sich weigerte, dies zu tun,
müßte man an die Ueberzeugung der Sozialisten und Arbeiter der
ganzen Welt appellieren.

Die Suche nach dem Frieden.

Von Friedrich Stampfer.

Die deutsche Delegation fährt heute nach Versailles, um den
Frieden zu suchen, den Frieden, nach dem alle Welt sich sehnt.
Heute sind wir noch — wir vergessen es zu leicht — im Krieg.
Der seit Abschluß des Waffenstillstands mit allen Mitteln weiter-
geführt worden ist, ausgenommen das eine der unmittelbaren
Massentötung. Die Entente hält mit bewaffneter Macht weite
Gebiete des Reiches besetzt und droht weitere zu besetzen, wenn
wir uns ihren Forderungen nicht fügen. Unsere Kriegsbeschäftig-
ten leisten noch in Feindesland Fronarbeit; für sie ist noch
immer Krieg, soweit seit ihrer Gefangennahme noch Krieg für
sie getrieben ist. Die Blockade ist nicht aufgehoben, sondern nur
gemildert; ihre neue vollständige Durchführung droht, wenn
wir den Friedensvertrag nicht unterzeichnen. Ja, es ist noch
immer Krieg, nur daß wir, im Bewußtsein unserer Unterlegen-
heit, dem Gegner keine Gelegenheit mehr geben, auf uns zu
schließen.

Auch heftig ist noch nicht abgerückt. Der „Matin“ schreibt
vor Versailles genau so wie die „Deutsche Tageszeitung“ vor
Brüssel-Litovel. Heißt es: „Wir sind die Sieger!“ Als
der General Hoffmann den Russen diese Worte entgegenbrachte,
ging ein Schrei der Entrüstung durch alle Welt. Werden
wir in Versailles andere Töne zu hören bekommen? Und wenn
nicht, wo ist die stillere Macht, die verhindern wird, daß auch
dieser Frieden von der Gewalt diktiert wird, statt von der Ver-
nunft und vom Recht?

Ein Frieden der Gewalt, mag er unterzeichnet werden oder
nicht, wird aber auf keinen Fall der Frieden sein, den die Welt
haben will. Auch er wird nichts anderes sein als ein Krieg, in
dem gerade nur nicht oder noch nicht geschossen wird. Der
wirkliche Frieden liegt erst weit hinter diesem unheilvollen Zu-
stand, der weh weh!

Genosse Bernstein hat gestern hier den dankenswerten
Versuch gemacht, für die geistige Abrüstung zu wirken, vone
jede militärische nur ein bloßes Verhängnis heißt. Er hat
darauf hingewiesen, daß Frankreich in diesem Kriege gelitten
hat, wie begreiflich daher sein Wunsch ist, sich wiederhergestellt
zu sehen und eine Wiederholung des gleichen Unheils zu ver-
meiden. Es ist nicht anzunehmen, daß die deutsche Friedens-
delegation für solche Gedankengänge kein Verständnis besitzen
sollte; fehlte es ihr, so wäre sie für ihre Aufgabe sicherlich nicht
geeignet.

Ja, Frankreich hat im Krieg noch mehr gelitten als wir.
Das französische Volk ist an dem Krieg so unglücklich wie das
deutsche, und seine gegenwärtigen Machthaber sind an ihm weitaus
schuldiger als unsere einstigen Machthaber — obwohl auch sie
nicht unglücklich sind. Sollten wir sie für unglücklich erklären
oder — um von Personen abzusehen — sollten wir den Anteil
der Schuld verkennen, der dem francko-britischen Teil der kapitali-
stischen Welt zufällt, so müßten wir alles vergessen haben, was
wir vor dem Kriege von französischen und englischen Sozialisten
lernten.

Der Krieg gegen Frankreich wäre eine psychologische Un-
möglichkeit gewesen, wenn die französische Bourgeoisrepublik
nicht damals die Bundesgenossin des Parisismus
gewesen wäre. Wenn Frankreich heute, aus tausend Wunden
blutend, auch des Sieges nicht froh werden kann, den es mit
Hilfe seiner westlichen Bundesgenossen errungen hat, so ist das
die Schuld nicht nur der deutschen, sondern auch der fran-
zösischen Politik vor dem Kriege, aus der unsere französi-
schen Genossen mit Recht alles Unheil proben konnten.

Gleichviel, die Massen des französischen Volkes waren
friedliebend. Das österreichische Ultimatum, die deutsche
Kriegserklärung, der völkerrechtswidrige Einbruch in Bel-
gien, das alles mußte in ihnen den Eindruck erwecken, daß sie
mitten im Frieden überfallen worden seien, und die deutsche
Kriegführung auf der einen Seite, die stimmungsgemäße
Ausnutzung deutscher Schuld und deutscher Fehler durch die
französische Regierung auf der anderen, waren nicht geeignet,
ihre Gefühle zu mildern.

Diese Stimmung ist ein fruchtbarer Boden für die
Politik militärischer Eisenfresser und kapitalistischer An-
nektionsbefehlshaber, die in Frankreich nicht seltener an-
zutreffen sind als bei uns. Wenn wir eine solche Poli-
tik bekämpfen, wie wir die Politik der Alldeutschen
bei uns bekämpften, so sind wir überzeugt, damit
letzten Endes ebenso gut für die wirklichen Inter-
essen des französischen Volkes einzutreten wie für die unsern.
Der Gewalt, der Sieg, der Machtfrieden ist weiter nichts als
Sand in die Augen, und das Volk, das ihn schließt,
wird zuletzt der Betrogene sein.

Ein dauernd gutes Verhältnis zu Deutschland, das bei
verständlicher Regelung der bestehenden Streitigkeiten durch-

aus möglich ist, nützt dem französischen Volk mehr als alle Grenzversicherungen und alle Schuldcheine mit fabelhaften Zinsen. Darum aber geht es uns, das muß so laut wie möglich gesagt werden. Wir wollen einen ehrlichen Frieden unterzeichnen und sind bereit, tragbare Lasten, die aus ihm entspringen, auf uns zu nehmen. Wir wollen nur nicht gezwungen werden, einen Scheinfrieden, einen unerfüllbaren Vertrag zu unterschreiben, handeln zu müssen wie leichtsinnige Kavaliere, die alles versprechen, was sie nicht halten können.

Möge es der deutschen Delegation gelingen, für diesen Standpunkt in der Welt Verständnis zu erwerben. Möge man draußen — trotz aller tendenziösen Einstellung im Innern — begreifen, daß ein Volk noch nicht nationalistisch ist, weil es fremden Nationalismus nicht ruhig gewähren läßt, sondern internationale Gerechtigkeit auch für sich selber fordert!

Die Frage, ob es zur Unterzeichnung kommen wird oder nicht, ist die große Frage eines trogischen Augenblicks. Wert und Haltbarkeit des abzuschließenden Vertrages werden aber nicht davon abhängen, was unter ihn geschrieben, sondern was in ihn hineingeschrieben wird. Verträge, die gegen Vernunft und Möglichkeit verstoßen, werden durch die Macht der Tatsachen wieder umgestoßen werden. Unterzeichnet, durch die sich ein Volk zur Selbstvernichtung verpflichtet, wird die Geschichte auslöchen und das Volk wird weiterleben. Unterzeichnen? Nicht unterzeichnen? Den kürzesten, schmerzlosesten Weg zum wirklichen Frieden zu suchen, der ja doch kommen muß, weil die Menschheit ohne ihn nicht mehr leben kann, das ist die verantwortungsvolle Aufgabe der deutschen Friedensdelegation und der deutschen Regierung in den kommenden entscheidungsschweren Tagen.

Entscheidung binnen 48 Stunden?

Paris, 26. April. „Echo de Paris“ bestätigt, daß die Konferenz von Versailles alsbald nach der Ankunft der deutschen Bevollmächtigten beginnt werde. Man werde innerhalb achtundvierzig Stunden wissen, ob die Deutschen unterzeichnen oder nicht.

Handgranatenwerfer in der Volksversammlung.

Stütige Vorfälle in Stettin.

Aus Stettin meldet W. Z. A.: Heute vormittag war von kommunistischer Seite eine Versammlung auf dem hiesigen Schlosshof berufen, die von mehreren tausend Personen besucht war. Als der Redner zu sprechen begann, erlitten von allen Seiten der Versammlung Schüsse auf die Regierung Ebert-Scheidemann. Ulrich darauf wurden von Leuten in Soldatenuiform mehrere Handgranaten geworfen, durch die ein Mann getötet und viele Personen verletzt wurden. Auf den Redner wurden Schüsse aus Armeerevolvern abgefeuert, doch wurde er anscheinend nicht getroffen. Der Menschenmenge beachtete sich Angst und Schrecken. Bei dem Gedränge nach den ziemlich engen Ausgängen wurden viele Personen, darunter viele Frauen und Kinder, verletzt.

Ein weiterer Bericht besagt: Bei der bereits gemeldeten kommunistischen Versammlung auf dem Schlosshof hat nicht Dr. Schulz-Berlin, sondern ein hiesiger Redner gesprochen. Durch die geworfenen Handgranaten wurde ein alter Mann getötet und etwa 10 Personen mehr oder minder schwer verletzt. Die Angreifer schossen auch mit Revolvern, mitschleuderten den Redner schwer und flüchteten dann in den nahe gelegenen Tucher-Ausschank am Königplatz. Sofort wurden die Sicherheitsstruppen alarmiert, die den Häuserblock umstellten und Maschinengewehre auf das Haus richteten. Nach mehrstündiger Belagerung und zeitweiliger Beschlezung ergaben sich die Leute, etwa 30; sie waren mit Handgranaten und Armeerevolvern bewaff-

Else Lasker-Schüler: Die Wupper.

Sonderaufführung des jungen Deutschland im Deutschen Theater.

Else Lasker-Schüler, die Dichterin festlicher, in orientalisches glanzvolles Gewand schwebender Lyrik, die Verkörperin einer schwallenartigen, ins Grenzüberschreitende streifenden Lyrik, die in diesem Drama in den Rahmen eines Naturalismus, der von trübseligen Drame der Abkunft, ihrer festlichen Verkörperung und Verwilderung nicht überwindend widerpiegelt. Das Stück hat Szenen und Wendungen, die die stilsche Zerkerung in lampenproletarischen wie in bürgerlichen Kreisen mit einer Kraft heit schildern, welche hinter der von Hauptmanns „Vor Sonnenaufgang“ nicht zurückbleibt. Nur daß die helle Hoffnung einer besseren Zukunft, die dort, getragen von dem sozialistischen Agitator Both, noch in dem tiefsten Dunkel leuchtet, hier völlig fehlt.

Die einzige Figur, die in dem Wupperstücker Heimatsstüb der Dichterin eine höhere und reinere Menschlichkeit repräsentiert, ist kein sozialer Kämpfer, sondern ein still in sich geleiteter kranker Mensch, der von dem Frieden eines Klosterlebens träumt und in weisender Einsicht die eigene Blüte in die anderer hineinzieht. Das früh verordnete Bißchen aus der Proletarierkassette, das, noch halb kind, mit seinem schlammigen Bruder, dem Färbereiarbeiter, zur Nachtzeit durch die Strophen streift und von der Nachbarin der alten Mutter Pius luppelisch angebeutet wird, scheint ihm ein Wesen, dem in der Tiefe seiner Seele ein Trieb zu lauternder Verkörperung einwohnt, und ähnlich sieht er in Karl, dem Enkel der Frau Pius, dem ihr Ehrgeiz eine glänzende Zukunft als lutherischer Pastor prophezeit, eine zu Hofem aufersehene Natur. In allem steht er ihm hilfreich bei, um dann von ihm die schmerzliche Enttäuschung zu erleben. Durch die eheliche Großmutter angezogen, mocht der dumme Junge, dem die Schwester seines Beschüters durch Kletterei den Kopf verdreht hat, einen förmlichen Heiratsantrag und rüch sich, als er abgewiesen wird, in denkwürdigen schmalhüftigen Weisheit. In der Gesellschaft von arbeitslosen Streichern, die als ein Chor eraseltiger Verkommenheit durch Stüb gehen (des Bruders Friedrich, der langen Anna und des gläsernen Amodeus), zieht der in seiner Götterwelt gekränkte Putsch betrunken durch die Schenken. Öhrend stellt sich die taumelnde Schar dem Priesterkandidaten auf der Straße entgegen. Der abgeleitete Liebhaber beschimpft vor ihm das Andenken der Geliebten. So hing: das ganze hoffnungslos in schneidender Bräutigam Nichten aus. Die lärmenden Gesellen manien über die Bräute. Der Nachtwind flücht, und fröstelnd, so heißt es im Text, macht sich der ewig Enttäuschte auf den Heimweg. Wie locker der Zusammenhang des Stückes und der Charaktere, daß es ist bezeichnend, daß der grundgemeine Nachsch des Wuppern — er schickt ein Bild, das die Geliebte nackt zeigt, an deren Mutter — bei der Aufführung einfach gestrichen wurde; man merkte

an; einer hat einen schmerzlichen Ausbruch handelt es sich um einen kommunistischen Aufbruch von auswärtigen Hörden, die, wie man annimmt, aus Siedewischland hierhergekommen sind, um die hiesige Arbeiterschaft, die bisher musterhafte Ruhe und Ordnung bewahrt hat, zum Aufstand aufzureizen. Mehrere Leute der Sicherheitswehr sind schwer verwundet und zwei Zivilisten getötet worden. Die Regierungstruppen ein Maschinengewehr zu entreißen versucht hatten.

Der Bericht gibt keine Klarheit über die Vorgänge. Daß die abscheuliche Tat der Handgranatenwerfer in jedem Fall auf das Schärfste zu verdammen ist, braucht wohl kaum betont zu werden. Im übrigen aber ist alles unklar. Wer waren die Täter und welches ihre Beweggründe? Wir können kaum glauben, daß wirkliche Regierungsanhänger diese Tat begangen haben sollten, die in diesem Fall nicht nur barbarisch, sondern völlig widersinnig gewesen wäre, da sie der Regierung doch nur auf äußerster Schaden konnte. Der Bericht legt die Vermutung nahe, daß Provokateure der Gegenseite am Werk waren. Hier muß die Untersuchung Klarheit bringen.

Generallstreik in Gleiwitz.

Gespannte Lage in Oberschlesien.

Aus Weizhen wird gemeldet: Dem gestern nachmittag begonnenen Sympathiestreik der ober-schlesischen Elektrizitätswerke haben sich auch die Wasserwerke teilweise angeschlossen. Der ganze ober-schlesische elektrische Stromverkehr ist lahmgelegt. Da dadurch auch andere Betriebe in Mitleidenschaft gezogen sind, sind auch wieder einzelne Kohlengruben und Hüttenwerke stillgelegt. So kann in Gleiwitz von einem Generallstreik gesprochen werden. Dort haben sich u. a. die Gleiwitzer Kohlengruben, die Eisenbahnerwerke, die Hüttenwerke, die Lokomotivwerke, die Hüttenwerke von Hagenau usw. dem Streik beigeschlossen. Fast überall gilt als Hauptforderung die Zurückziehung der Grenzschutztruppen.

Ein Bericht der Pressestelle des Kommissariats in Oberschlesien nennt als Forderungen der Streikenden: 1. Sofortige Aufhebung der Freiwilligenverbände, 2. Aufhebung des Belagerungszustandes in ganz Oberschlesien, 3. Vermehrung der Kasernen zu Wohnzwecken, 4. sofortige Freigabe der zu amtlichen Zwecken benutzten Wohnhäuser, 5. sofortige Freigabe der auf Grund der Unruhen verhafteten, 6. Fortbezahlung der Streik- und Feiertage, 7. die Arbeit der gesamten Belegschaft von Gleiwitz ruht, bis die Forderungen erfüllt sind.

Am Sonnabend hatte eine Verhandlung zwischen dem Staatskommissar für Oberschlesien Föcking und den Vertretern sämtlicher Gewerkschaften stattgefunden. Obwohl nach kurzer Aussprache eine Einigung erzielt wurde, wurde doch von Gleiwitz aus der Generallstreik inszeniert.

Der Streik im Ruhrrevier kann als nahezu erloschen angesehen werden. Es sind etwa 14 Proz. der Belegschaften noch ausständig; dabei ist aber zu berücksichtigen, daß in normalen Zeiten eine 10 prozentige Belegschaft für Kranke usw. zu verzeichnen ist, so daß also tatsächlich nur von 4 bis 5 Proz. gesprochen werden kann.

Eisenbahnerstreik in Sicht?

Ein Ultimatum der Berliner Eisenbahner zum 7. Mai.

5000 Eisenbahner waren Sonntag im Spazipalast versammelt. A. K. zur vom Deutschen Eisenbahnerverband berichtete über die Verhandlungen mit dem Eisenbahnministerium und anderen Regierungstellen. Angesichts der Lebensmittelpreise müsse eine Erhöhung der Bezüge erfolgen. Der Eisenbahnerverband werde am 26. Mai auf seinem Verbandstag in Jena seine Forderungen stellen. Bis dahin könnten aber die Berliner Eisenbahner nicht warten. Die Organisationsleiter hätten zunächst mit dem Reichsverkehrsminister verhandelt, ob nicht ein Abbau der Lebensmittelpreise möglich sei. Das sei verneint worden. Darum

wären die Eisenbahner genötigt, als Ausgleich für die erhöhten Preise sofort eine allgemeine Erhöhung der Stundenlöhne um 1 M. zu verlangen mit rückwirkender Kraft vom 1. April ab. Die Beamtengehälter dürften nicht hinter den Arbeiterlöhnen zurückbleiben. Der Eisenbahnminister habe bisher diese Forderung abgelehnt. Kogur fragte, ob die Forderung ermäßigt werden könne. Die Versammelten bejahten kurzweilig. Die neue Arbeitsverordnung könne auch nicht befristet werden. Es müsse auch im ersten Dienstjahre ein Recht auf Urlaub gewährt und den Kriegsteilnehmern die Kriegsjahre angerechnet werden.

Ulrich als Vertreter der organisierten Beamten kritisierte in scharfer Weise die Haltung des Ministers, der die Geheimräte weiter regieren lasse. Die Beamtenvertreter mühten mühten mühten anerkannt werden, sonst würden die Beamten nicht mehr mitmachen.

Mehrere Redner protestierten scharf gegen die Bevorzugung der Freiwilligenverbände und anderer Kreise bei der Lebensmittelversorgung und verlangten Aufhebung des Belagerungszustandes. Ballentin vom Bund der Telegraphenarbeiter erklärte sich solidarisch mit den Eisenbahnern.

Ein Vertreter der streikenden Eisenbahner in Gleiwitz berichtete, der Streik sei beantragt worden durch das präsidierende Verhalten der Freiwilligenverbände in Oberschlesien, deren bestmögliche Offiziere grundlos auf die Menge geschossen und auch Eisenbahner getötet hätten.

Ein Vertreter der Hochbahngestellten wünschte Aufnahme seiner Kollegen im Eisenbahnerverband.

Die Versammlung sahle einstimmig eine Entschließung, die der Erörterung über die ablehnende Haltung des Eisenbahnministers Ausdruck gibt. Die Versammelten halten an dieser Forderung fest und verlangen ihre Bewilligung bis spätestens zum 7. Mai, widrigenfalls sie alle Konsequenzen ziehen wollen.

Auf mehrere Zwischenrufe, die die Frist als zu lang bezeichneten, erklärte Kogur, auch er hoffe, daß die Verwaltung schon früher Entgegenkommen zeigen werde, sonst könnte die erregte Stimmung der Eisenbahner bereits am 1. Mai gefährliche Wirkungen auslösen. Da noch mehrere Eisenbahner wegen der Vorgänge beim letzten Eisenbahnerstreik unter Anklage stehen, wolle die Organisation alles tun, um ähnliche Schicksalsurteile, wie das des Kriegsgerichts vom letzten Donnerstag, zu verhüten.

Gegen die Zerstückelung Deutschlands

nahm eine öffentliche Volksversammlung Stellung, die am Sonntag mittag im Volkstheater am Zoologischen Garten in Berlin tagte. Als erster Redner griff das Wort Dr. Rintler: „Heute: Die fünf ge-schlozene Männer, aber wir wissen es weit von uns, die fünf ge-schlozene Männer zu spielen. Vor dem Feinde zu sagen, wir seien ein Feind, wäre genau so falsch, als wenn wir behaupten wollten, die anderen seien allein schuldig und wir seien völlig unschuldig. Die Annahme der Waffenstillstandsbedingungen durch unser Zugrundelegung der Wilsonschen vierzehn Punkte hat einen Vertragszustand geschaffen. Werden die vierzehn Punkte Wilson bei dem Friedensschluß von unseren Feinden ignoriert, so sind wir betrogen,

so wird die Welt betrogen, so wird kein dauerhafter Friede zustande kommen. (Beifall.) Was aus Maß-Notbringen werden soll, darüber soll einzig und allein die Bevölkerung entscheiden. (Beifall.) Im Westen wie im Osten will man echt deutsche Lande von Deutschland losreißen. Wenn die Feinde darauf bestehen sollten, so werden sie später wieder die Erfahrung machen müssen, daß ein Volk unüberwindlich ist, das um seine nationale Würde und um sein Recht kämpft. (Beifall.)

Dr. Bachnick: Durch die Hungerblockade sind wir an den Rand des Abgrundes gekommen. Es wäre unerträglich, wenn man uns auch noch deutsches Land nehmen wollte. (Beifall.) Dagegen müßten wir jeden lebenswichtigen Widerstand erheben. Zur Schaffung eines Völkerbundes sind die besten Vorschläge von uns ausgegangen. Von der Arbeit der Exzentriker dagegen wird der Gedanke des Völkerbundes zu Grabe getragen.

In ähnlichem Sinne sprach auch Generalsekretär Dr. Pfeiffer. Nachdem noch der Vertreter von Danzig in der Nationalversammlung, Herr Weinhausen, kurz das Wort genommen hatte, wurde eine im Sinne der Ausführungen der Redner gehaltene Entschließung, die sich scharf gegen jeden Gewaltfrieden wandte, nahezu einstimmig angenommen.

Bei der Jubiläumsfeier durch Frau Brach-Gartenberg, Heinrich durch Johannes Niemann, Hans hervorragend der rührend sanfte Schwärmer durch Hermann Thümling vertreten.

Conrad Schmidt.

Lothar Schmidt: Das Schloß am Wannsee.

Nach ein paar moderaten Anzügen zur Soire schleppte sich dies sogenannte Lustspiel in ausgeföhrenen Gelsen hin. Witzige Einfälle wurden wermüßlich geredet, nur zu dem Zweck, die paar Stunden des Theaterabends auszufüllen. Trotzdem isten sich das Publikum bei all den alten Lachhütern freilich zu amüßigen, jedoch keine Schöpfung wurde ausgiebig belacht, und der Autor, der früher in besseren Zeiten Besseres geschrieben, mit großem Aufwand von Applaus hervorgerufen. Im Künstlerbureau!

Das Schloß am Wannsee, dessen Antikeur im Gogemach zum Text reiz- und geschmackvoll ausgestaltet waren, wird erstanden von einem durch Geistesbildung immer reich erworbenen Kriegsgewinnler, der mit den Seinen ebendam in drei kleinen Zimmerchen der Allen Tafelstrasse hauste. Eine aktuelle Anspielung, indes die Bekämpfung dieses Herrn, die so zu einer Zeitsatire so guten Stoff reichen haben würde, verfiel nicht eine Spur von individuellem Kolorit, noch bringt sie es, obgleich Max Adalbert sein ausnehmender literarischer Talent für sie einsetzte, zu wilsomer Kostentanz. Die Effekte sind doch zu billig, und das Maß der Dummheit, das der Autor seinem Leopold Breitenschneider zugebeut, stimmt allzu wenig mit der Verhöhnung des kunsthistorischen Kuriositätenkammerci, die zur Ergänzung des Gogemachos herangezogen wird, im weiteren Verlauf zu einem lustigen Pointenspiel. Der Einfall, daß ein Kunstschreiber in der Wohnkammer des Schloßes ein rätselvolles Rädel entdeckt, welches nach dem Ergebnis seiner herabwürdigen Forschungen ein der transsylvanischen Kaiserin Katharina XIV. als Kostümbild diente, und daß er vom Radwiel dieses Tafelbildes sein Anwesen zum Professor erwartet, ist ein gar nicht so über derb-parodistischer III. Nur schade, daß derselbe schließlich in völlig wirklose und unbedeutliche Bedanterien verberht. In den Wägen gehört die noch langen Diskussionen herausgebrachte Feststellung, daß der Nachtwind zu dem Sommerkönig doch nur in den viel weniger intimen Beziehungen einer Köchlein gefunden hat. Gezielt wurde floht. Neben Herrn Adalbert stand im Vorber-trand Heinrich Schacht, der die Selbstgefälligkeit eines großen Colonhelden morlant zum Ausdruck brachte.

Notizen.

Ein Kunst-Experiment. Im Leipziger Schauspielhaus ist ein Volkshilfsbildungsabends der ganze Haus an einem Abend ausgefüllt worden. Die zehn Akte der beiden Teile waren in sechs zusammengepackt, die fünfeinhalb Stunden in Anstrengung nahmen. Das war natürlich nicht ohne schmerzliche Opfer möglich. Der Versuch wird von der Kritik mit Vorbehalten als erste Arbeit gebüht.

Dichtabend. Friedrich Koenig liest am 7. Mai im Meisteraal Novellen von Bruno Franck.

Demonstrationsversammlung des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten.

Im überfüllten Saale der Unionsbrauerei fand am Sonntag die Berliner Demonstration der Reichsbund der Kriegsbeschädigten statt. In seinem Referat führte Bader u. a. aus: Sämtliche Regierungen haben bisher nur Versprechungen gemacht, mit deren Ausführung man dem Hinweis auf die finanzielle Notlage des Reiches hinausgeschoben. Auf der anderen Seite sehen wir aber, daß wir für andere weniger wichtige Zwecke ungeheure Summen übrig haben. (Zuruf: Rotgardel) Die Rotgardie ist eine politische Notwendigkeit. Auf unsere Forderung nach einem Entlassungsgesetz für alle vor dem 9. November Entlassenen erwidert die Regierung nicht, daß kein Stoff vorhanden sei, während man die Freiwilligen stets in neuen Uniformen herumlaufen sieht. Unter scharfer Kritik der bestehenden Verhältnisse gibt Bader die Forderungen, die der Bund neuerdings der Regierung unterbreitet hat, bekannt. Es werden verlangt: 1. Reform des Mannschafts-Verfahrens; 2. Entlassungsgesetz; 3. Erhöhung familiärer Bezüge bis zum Ankaufstretten des neuen Versorgungsgesetzes; 4. nachträgliche Gewährung eines Entlassungsgesetzes und 50 R. Entlassungsgeld; 5. Entlassungsgeld an alle vor dem 9. November Entlassenen; 6. Einstellungswang; 7. Beschleunigung der Wohnungsfürsorge unter etc. Zulassung der Zivildienstverpflichtung; 8. Vereinfachung von Mitteln zur Unterstützung der sozialen Kriegsbeschädigten- und Hinterbliebenen-Fürsorge. Besonders groß ist die Erregung der Kriegsbeschädigten über die Siedlungspolitik, wobei aber berücksichtigt werden muß, daß gerade auf diesem Gebiete der Streit den Kriegsbeschädigten großen Schaden zugefügt hat.

Die Hauptursache an diesen Zuständen trägt die Uneinigkeit der Arbeiterschaft.

Bader richtet an die Regierung die Mahnung, entgegenkommen zu zeigen, da die Stimmung schon so erregt sei, daß sich ähnliche Vorgänge wie in Dresden auch hier ereignen könnten. Bei den letzten Beratungen im Kriegsministerium ist es gelungen, eine Gleichstellung der Lazarettkranken Freiwilligen mit den übrigen Patienten zu erzielen. Nach einer kurzen Erwähnung mit dem Internationalen Bund der Kriegsbeschädigten und einer Mahnung zur Einigkeit schloß der Referent. — Die inzwischen eingelegte Antwort der Regierung besagt, daß die Ziele der Regierung sich mit den Forderungen des Bundes treffen, daß ab 1. Juni d. J. alle Unterführungen und Renten eine Erhöhung um 40 Proz. erfahren, und daß vorläufig auf ein Jahr keine Renten-Erhöhen vorgenommen werden dürfen. Alle nach dem 1. Juli 1916 Entlassenen erhalten einen Bezug von 50 R. Entlassungsgeld. Die Frage der Wohnungsfürsorge soll unter Hinzuziehung der Verbände schleunigt in Beratung genommen werden. Für die Erfüllung der Forderungen 2-6 wird der Betrag von 300 Millionen ausgesetzt. In der Diskussion werden die Maßnahmen der Regierung und einzelnen Verbänden lebhaft kritisiert und der Wunsch geäußert, trotz des Belagerungszustandes auf die Straße zu gehen und zu demonstrieren. In seinem Schlusswort sagte der Referent in bezug auf den drohenden finanziellen Zusammenbruch, wenn der Zusammenbruch kommt, dann soll er kommen. Aber aus der Kontinuität wollen wir zuerst verstorben werden. Eine große Anzahl einzellaufener Anträge wird dem Vorstand übergeben. Drei Resolutionen finden Annahme, in denen die Forderungen der Regierung als Reichsziel bis zur endgültigen gesetzlichen Regelung der Forderungen angesehen wird und die Entmilitarisierung des Rentenwesens gefordert wird. Der Antrag, einen Demonstrationstag zu veranstalten, wird mit überreicher Mehrheit abgelehnt.

In der Stadt waren große militärische Sicherungsmaßnahmen gegen etwaige Ausschreitungen getroffen. Es gab aber keinen Zwischenfall. Auch die Charlottenburger Versammlung der kommunikativen Organisationen ging ruhig aus dem Wege.

Gemeindevertreterkonferenz der S. P. D. Groß-Berlin als Einheitsgemeinde.

Eine Konferenz sozialdemokratischer Gemeindevertreter aus Groß-Berlin, einberufen vom Vorstand der neuen Organisation „Kommunale Konferenz der Gemeindevertreter von Groß-Berlin (S. P. D.)“, erörterte gestern den Plan der kommunalen Zusammenfassung Groß-Berlins.

Neber die Notwendigkeit, der kommunalen Herrschaft ein Ende zu machen, braucht — wie der Referent Scholz-Kaufmann einleitend hervorhob — längst nicht mehr geredet zu werden. Heute kommt es an, nur darauf noch an, wie das städtische Groß-Berlin aussehen soll. Wir erwarten, daß die vorläufige Regierung ihren bereits fertigen Gesetzentwurf rechtzeitig veröffentlicht, damit Groß-Berlins Gemeindevertreter zu ihm, noch ehe er an die Landesversammlung kommt, sich äußern können. In den letzten Jahren haben sich über die Groß-Berliner Frage fünf oder sechs Vorläufige Beschlüsse herausgetragen. Den Gedanken, um Berlin einen Kranz großer Vorortgemeinden zu legen, müssen wir aus kommunalrechtlichen Gründen verworfen, weil das den Gegensatz zwischen den wohlhabenden westlichen und den ärmeren östlichen Gemeinden noch verschärfen würde. Auch der Verstoß des Vorkommens Groß-Berlin, eine Gesamtgemeinde zu schaffen, will die Steuerunterschiede zwischen den Einzelgemeinden aufrechterhalten und fast überdies die Aufgaben der Gesamtgemeinde nicht weit genug, so daß wir ihm nicht zustimmen können. Am annehmbarsten ist die Lösung durch eine Einheitsgemeinde, und eine solche will der Gesetzentwurf, wie ein Ausschuss des Unterstaatssekretärs Dr. Freund in der „Post“ andeutet. Diese Einheitsgemeinde bringt die notwendige Zentralisation, behält aber dennoch sozialdezentralisation, daß die Verträge, durch die Einzelgemeinden können die Einzelgemeinden in ihrer Entwicklung gehindert werden, hinaus wird. Das Gebiet soll sich auf 10-15 Kilometer im Umkreis erstrecken, was in darüber hinaus die Einheitsgemeinde aller Gemeinden zu wünschen, die in irgendeiner wirtschaftlichen Zusammenhang mit Berlin stehen, besonders auch zur Sicherung der Siedlungsmöglichkeiten. Die Einheitsgemeinde hat neben ihrem Magistrat von 40 Mitgliedern eine Stadtverordnetenversammlung von 200 Mitgliedern, deren Wahl noch dem jetzt eingeführten Wahlgesetz zu entsprechen ist mit der Maßgabe, daß große Einzelgemeinden oder Gruppen der kleinen als Wahlbezirke gelten und eine ihrer Einwohnerzahl entsprechende Zahl von Vertretern wählen. Gemeindeaufgaben, die eine für Groß-Berlin gemeinsame sind, und einseitige Bewirtschaftung erfordern, sind Sache der Einheitsgemeinde, deren Verwaltung sicher eine sozialistische Mehrheit haben und somit jede Anarchismuspolitik ausschließen werden. Neben dem Stadtrat sind überaus viele Aufgaben übertragen, von denen wir für die Einheitsgemeinde die rein wirtschaftlichen Aufgaben, z. B. Wasser, Gas, Elektrizitätsversorgung, vor allem aber auch die gesamte soziale Fürsorge, die nur durch die Einheitsgemeinde möglich ist, übertragen werden. Die übrigen Angelegenheiten bleiben den aus Einzelgemeinden oder Gruppen bestehende Verbände vorbehalten, als deren Organe jedoch eine Deputation aus den in die Stadtverordnetenversammlung der Einheitsgemeinde entsandten Vertretern des Bezirks und der gleichen Zahl vom Bezirk zu wählenden Vorkonferenzvertreter, sowie ein Bezirksvorstand aus zwei vom Magistrat der Einheitsgemeinde zu bestimmenden und drei von der örtlichen Deputation zu wählenden Mitgliedern. In diesen Vorkonferenzen wie in dem Magistrat der Einheitsgemeinde müssen, entgegen der Absicht des Gesetzentwurfs, die ehrenamtlichen Mitglieder stark vertreten sein. Der Referent schloß: Die Einheitsgemeinde soll und werden, sozialdemokratische Politik und Kulturpolitik in Groß-Berlin zu treiben. (Beifall.) In der Diskussion forderte Dr. Silberstein-Kaufmann weitestgehende Zentralisation und Zusammenfassung in einer absoluten Einheitsgemeinde; höchstens für allerhöchste Aufgaben sei Dezentralisation beizubehalten. Der

Rein-Schäfers, betonte, daß die Sozialdemokratie in Groß-Berlin an ihr Programm praktischer Arbeit (er nannte besonders die Sozialisierung) erst herangehen kann, wenn sie weiß, was aus Groß-Berlin wird. Dittmer-Berlin wies hin auf die Notwendigkeit der bei der Zentralisation erforderlichen völligen Umgestaltung des verpöhlten Verwaltungsapparates, aber auch auf die Gefahren der Zentralisation für die örtlichen Verwaltungen. Auf Silbersteins Ausführungen erwiderte Scholz im Schlußwort, daß alle diese Zentralisation leicht Starbheit bringt. Die neue Einheitsgemeinde werde sich übrigens eine ganz neue Organisationsstruktur schaffen müssen, zusammengesetzt aus fähigen Kommunalpolitikern der Gemeinden Groß-Berlins oder auch anderer Gemeinden. Auf Erfüllung des Wunsches der Konferenz, die Regierung möge den Gesetzentwurf schleunigt veröffentlicht werden, wird der Vorstand hinarbeiten. Zu dem Entwurf werden die Gemeindevorsteher dann Stellung nehmen. — Vollzogen wurden die Wahlen der örtlichen „Kommunalen Konferenz“, die für die verschiedenen Arbeitsgebiete eingesetzt sind.

Gewerkschaftsbewegung

Die Zimmerer lehnen den Schiedsspruch ab.

Die gestern abgehaltene Generalversammlung lehnte den endgültigen Schiedsspruch ab. Der den Zimmerern zugesprochene Stundenlohn von 2,40 M. ab 1. April und 2,60 M. ab 1. Juni für die heutigen Zeitverhältnisse zu gering ist und deshalb ein Tarifvertrag auf dieser Grundlage nicht abgeschlossen werden kann. Weitere Verhandlungen wurden, weil sie aussichtslos sind, nicht fortgesetzt. Dagegen beschloß die Versammlung, daß auf jeder Arbeitsstelle dahin gewirkt werden soll, daß ein höherer als der im Schiedsspruch festgesetzte Lohn erzielt wird. Ein bestimmter Tag wurde nicht aufgestellt, er soll je nach den obwaltenden Verhältnissen bemessen werden.

Die Filialstellen des Pfliegerheeres überließ folgende Forderungen: 1. Wiedereinstellung bzw. Weiterbeschäftigung aller geforderten, schon entlassenen oder noch zur Entlassung kommenden Angehörigen bis zur Entscheidung über den vom 14er Ausschuss der Angehörigen der Heeresverwaltungen dem Kriegsministerium vorgelegten Kollektivvertragsentwurf vom 12. April 1916.

Die seit dem 21. März 1916 freiwillig ausgeschiedenen Angehörigen besitzen Anspruch auf Wiedereinstellung, sofern sie nicht inzwischen eine andere Beschäftigung gefunden haben, oder aus dieser freiwillig oder durch eigenes Verschulden ausgeschieden sind.

2. Einstellung der Abgehenden bis mindestens zu dem in 1. Absatz 1. vorgesehenen Termin. Die Angehörigen der Reserve, die in der „Post“ im „Hotel Nordischer Hof“, Invalidenstr. 126 (gegenüber dem Hotel) von 8 bis 7 Uhr nachmittags.

In Adliger's Konditorei hat das gesamte Personal die Arbeit niedergelegt. Die Angestellten verlangen die Bezahlung nach dem Tarif, der am 10. April mit dem Kaffeefabrikanten abgeschlossen wurde. Heute, Montag, vormittag 11 Uhr, Versammlung.

Verkehrsanstalt. Heute, Montag, 1/2 Uhr, Plenarsitzung im Reichshaus, Versammlung sämtlicher Ausschüsse. Wahl des Mannes für den Zentralausschuss der Angehörigen der Reserve. — Der Reichstaxi. — Das Karriell der Angehörigen der Reserve.

Schildermaler. Heute, Montag, 7 Uhr, Adalbertstr. 21, Vertrauensmännerversammlung.

Groß-Berlin

Die Verbrechen.

Der Raubmord an der Grefin. Von besonderer Wichtigkeit sind die Befragungen von Zeugen, die die beiden verdächtigen jungen Männer, die am Donnerstag mittig sich in der Nähe des Hauses Adalbertstr. 15 aufhielten, gesehen haben. Bisherige Angaben wies u. a. auch ein Mann machen können, der um diese Zeit mit einem Fuhrwerk durch die Adalbertstr. gekommen und dessen Pferd gegenüber dem Wohnhause gestrichelt ist. Er wird sicher die beiden jungen Männer gesehen haben. In der Nähe er sah mit einem anderen jungen Menschen um das Pferd bemüht, den Vorgang beobachteten, ohne Hilfe zu leisten. Diese beiden jungen Leute sind etwa 21 bis 22 Jahre alt und 1,75 Meter groß, der eine ein wenig größer als der andere, schlank gebaut, und haben dunkles, barloses Gesicht. Der eine trägt grauen Anzug, Jodenschleife und Kragen, der andere hellbraune Pullover und Knipshut. Zeugen wollen sich umgehend im Zimmer 107 a der Kriminalpolizei melden.

Der Hund der Ermordeten wurde einem Hundehändler in der Schützenstr. von einem unbekannten Mann und einer unbekannten Frau zum Kauf angeboten und für 20 R. erworben. Die Kriminalpolizei ließ das Tier in der Nähe der Wohnung der Grefin freilaufen. Es lief nach mehreren Verwegen auch in die Wohnung der Ermordeten und zeigte so deutlich, daß es das verschwundene Tier ist. Die Verkäufer des Hundes, die ihn wahrscheinlich aus dritter Hand gekauft haben, wollen sich umgehend bei der Kriminalpolizei melden.

Ein neuer Raubmordversuch wurde Sonnabend abend am Grünen Weg verübt. Ein 24 Jahre alter Arbeiter Walter Parth, Marxstr. 10, besuchte mit einem noch unbekannten Spiegelfellen eine Frau Fischer am Grünen Weg 18. Während er in die Wohnung hineinging, hand der Spiegelfelle Schmeiere, Parth ließ sich von Frau Fischer Karten legen und zahlte 2 R. dafür. Als sich die Frau erhob und ihm den Rücken kehrte, packte er die Abhangelose von hinten, würgte sie am Hals, warf sie auf das Sofa und hielt sie mit dem Gesicht in die Kränze, so daß sie kaum zu atmen vermochte. Sie schrie sich jedoch energisch zur Wehr und schrie um Hilfe. Jetzt bekam es der Schmeiere mit der Angst zu tun und ließ davon. Auch Parth ließ sich ab und suchte zu entweichen. Er wurde jedoch von einem Kutscher eingeholt und der Polizei übergeben. Bei ihm fand man noch eine Korbkette.

Ein schwerer Raubüberfall auf eine alleinstehende Frau. In der Danziger Str. 49 wurde die im Erdgeschoss des Seitensüßels wohnhafte Frau Arida Peters von einem unbekannten Mann überfallen, getuschelt, gefesselt und dann verurteilt. Der Räuber, ein Mann von etwa 45 bis 50 Jahren, hingelte an der Wohnungstür und sprach die Frau um ein Almosen an. Als die Frau ihm den Rücken kehrte, fiel er über sie her, steckte ihr einen aus einem Stuhl genommenen zusammengehaltene Knobel in den Mund und band ihr die Hände zusammen. Die Heberlastene verlor die Besinnung und ließ nach dem Räuber alles, was ihm mitnehmendwert erschien. Dann verließ er sein Opfer auf dem Fußboden liegen lassend, die Wohnung und entkam mit der Beute unbemerkt. Auf dem Weg wurde ein Arbeiter des Hauses durch das Stöhnen der Frau aufmerksam. Er fand die Heberlastene besinnungslos auf dem Boden liegen.

Ein Bahndiebstahl wurde durch die Aufmerksamkeit eines Bahnschaffners zum Teil verhindert. Auf dem Schießfeld Güterbahnhof erlitten um 8 Uhr früh ein Fuhrwerk, auf dem ein Soldat und vier Zivilisten saßen. Die fünf Mann öffneten einen Wägenwagen und begannen Stoffballen umzuladen. Ein Bahnschaffner stellte fest, daß der Wagen mit einer Dreifache gewaltsam geöffnet war, und brachte den Führer des Fuhrwerks und einen seiner Begleiter nach dem Bureau des Güterbahnhofs, obwohl sie einen Frachtbrief vorgezeigt. Der Frachtbrief war gefälscht. Der Wagenführer, ein Kollereiführer Weigner, und der zweite Mann, ein Kollereiführer Schulz, wurden verhaftet. Die anderen drei verhafteten.

Unter dem Schutz eines falschen Kriminalbeamten „arbeitete“ eine Einbrecherbande, die in der vergangenen Nacht in der Gertraudenstraße verhaftet wurde. Eine Streife beobachtete, wie ein Mann dabei war, ein Geschäft aufzubrechen, während zwei aufpassen. Es gelang ihr, den Einbrecher zu fassen, während die Schmeiere entkam. Da kam ein Mann dazu, der sich mit einer echten Karte als Kriminalbeamter auswies. Er übernahm den Verhafteten. Noch während der Übernahme erschien ein richtiger Kriminalbeamter. Er erklärte den „Kolleren“, nahm auch ihn fest und machte sich mit ihm und den Einbrecher auf den Weg. In der Justizstraße riefen sich beide plötzlich los, gaben mehrere Schüsse ab und entflohen auf das große Grundstück des Inhabers. Als der Kriminalbeamte und die Streife nach der Ausgänge besahen, verhafteten sie mit einem Mann zu entweichen. Sie wurden aber festgenommen und unter strenger Bedeckung nach der Wache gebracht. Der falsche Kriminalbeamte ist ein Musiker Ernst Pöbel, der bei dem Spatzenhauens auf die Wache erbeutet und seitdem benutzt hatte, um Einbrechern „polizeilichen Schutz“ zu gewähren. Der verhaftete Einbrecher Kurt Semmler war mit Einbrecherwerkzeugen wohl ausgestattet.

Für 300 000 Mark Stoffe, Seiden usw. erbeuteten Geschäftseinbrecher wieder in der Nacht zum Sonntag in der Jägerstraße 3 1/2.

Die Haus- und Grundbesitzervereine stellen Sonntag eine Versammlung ab. In der u. a. berichtet wurde, daß das „Abhauen“ eines Eckhauses fast 4500 R. im Frieden kostete 22 000 R. koste. Die Delegation für ein Zimmer kostete 1910 30 R. pro Jahr, jetzt 210 R. und im nächsten Winter 300 R. Die Hausbesitzer wollen demnach ein Massenflughaus verbreiten gegen die Hypothekendarlehen und das Kohlenhandels als die eigentlichen Schuldigen an der Mietspreiserhöhung. Wenn gar nichts helfe, so werden die Hausbesitzer auch bei einem Streik nicht zurückweichen. Sie werden keine Hypothekendarlehen mehr zahlen und die Delegation und die Baumschneiderei einstellen. (Beifall.)

Ein Mieter in der Helmstedtstraße, Blumenthorf, habe eine Wohnung für 2000 R. gemietet und sie sofort für 10 000 R. weitervermietet. Dieser Mann sei der Bruder des früheren Reichsministers Dr. Rosenfeld. — Schließung gelangte einstimmig folgende Resolution zur Annahme: „Eine Kommission, zusammengesetzt aus vier Vertretern der Hausbesitzervereine, je zwei Vertretern der Hypothekendarlehen, der Mietsinnkammer und des Mieterbundes und je einem Vertreter der Reichsstatistik und der Kohlenwerke Groß-Berlin, soll Richtlinien für Mietspreiserhöhungen und für die Entscheidungen der Mietsinnkammer aufarbeiten.“

Die ganzen Verhältnisse auf dem Wohnungsmarkt zeigen nur die Unmöglichkeit des Privatkapitalismus an Siedlungsboden und des Wohnungsgebens als Geschäft.

Nicht an dem Justizstudium in Spandau, sondern aus den an ihn angebotenen Räumlichkeiten der Spandauer Stadelle wurden, wie jetzt gemeldet wird, die Risten mit rumänischem Papiergeld im Wert von 30 Millionen Reichsmark gestohlen. Ueber den von uns mit Franzosen wiedergegebenen Hinweis auf den Zusammenhang des Geldraubes mit den Spandauer-Marketen argert sich die „Freiheit“. Das wollen wir ihr glauben.

Charlottenburg. Die unentgeltlichen „Spezial-Kurse“ und Fortsetzungen zur Fortbildung einzelner Arbeiter und Arbeiterinnen. Beginn heute, Montag, 8 Uhr, im Realgymnasium, Schillerstr. 24, über Gesundheitslehre, Volkswirtschaftslehre, Literatur, Erziehungslehre, Deutsch und Rechnen. Rühreres Geschäftsstelle Wulst. 50.

Post- und Telegraphenangelegenheiten NW. Vortrag, Dienstag, den 20 April, 8 Uhr, Versammlung Schulhaus, Bodumer Str. 55. Die Forderungen der Post- und Telegraphenbeamten und die Sozialdemokratie. Freie Aussprache. Referent Oskar Johannsen, Sehlwelder Platz.

Brandenburg. Stadtverordnetenversammlung. Die unbesoldeten Stadtschreiber haben sich zurückgezogen, obwohl die Stadtverordnetenversammlung den Rücktritt gefordert hat. Infolge dieses Verhaltens des Magistrats verließen nach kurzen Erklärungen Schöps (H. So.) und Carlshaus (Soz.) beide sozialdemokratische Fraktionen den Saal. Dadurch wurde die Versammlung betriebsunfähig.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Neukölln. Frauenbezirksversammlungen: Heute 8 Uhr: 1-10. Bezirk bei Schulz, Reuterstr. 47, 11-14. Bezirk bei Schöngeler, Eldstr. 8, 15-19. Bezirk bei Schöngeler, Weichselstr. 20-27. Bezirk bei Jurek, Jurekstr. 80, 28. bis 30. Bezirk bei Lehmann, Säubom. Die Pöhlische Straße, 37. bis 43. Bezirk bei Pank, Hermannstr. 114, 46.-52. Bezirk bei Kuhl, Reinecke 1, 53.-59. Bezirk bei Schimmelstern, Hermann. Ecke Jägerstraße, 60.-66. Bezirk bei Hentschel, Dertfurthstr. 27, 66. bis 75. Bezirk bei Schneider, Käliger Straße 6. Tagesordnung: 1. Jugendpflege, 2. Diskussion, 3. Berichtsbend.

Referenten: Lehrer Pöhl, Oberlehrerin Hel. Groening, Lehrer Wittbrodt, Lehrer Kaufke, Lehrer Pöhl, Jugendpfleger Blume, Herr Schütz, Frau Scholz, Lehrer Abraham, Lehrer Lemke.

Brandenburg. Mittwoch, 1/2 Uhr, im Realgymnasium Vorkonferenz, Vortrag von Frau Adele Schneider. Am 1. Mai, 8 Uhr, Feier im Realgymnasium „Waldburg“, Hubertusbad Str. 2/3; Gemeinsamer Kaffeestopf, Kinderspiele, Tanz, Vorträge des Frauen- und Männervereins etc. Gäste willkommen.

Spandau. Feuerwerks-Laboratorium. Vertrauensleute der S. P. D. morgen, Dienstag, 10 Uhr, sehr wichtige Sitzung bei Kalkbrenner, Reuterstr. 17. Es scheinen dringende nötig. J. A.: Schilling. — Staatsbetriebe. Vertrauensleute, Arbeiterzelle, Arbeiterausschüsse und Angelegenheiten der S. P. D. heute, Montag, 4 Uhr, in Oberlands Festsaal, Neue Friedrichstr. 35; wichtige Sitzung. — Otto Lüd.

Jugendsozialistische Vereinigung. Heute 7 Uhr, Jugendheim Lindenstr. 3, Vortrag: Proletarische Weltrevolution.

Jugendveranstaltungen.

Gebot. Heute 7 Uhr, Jugendheim Brangelstr. 128, Vortrag: Kuffel'sche Arbeiterkämpfe. — Schützler. Heute 7 Uhr, Jugendheim Lindenstr. 3, Diskussionsabend: Das kommunistische Kampfziel.

Vereine und Versammlungen.

„Wie wird die Einheitsgemeinde aussehen.“ Elternkonferenz am Dienstag, 7 Uhr, Kula Panke 41. Referent: Lehrer Wolf. Eintritt frei. Eltern aller Stände willkommen. — Arbeiter-Sammler-Bund, Kolonne Groß-Berlin. Mittwoch: Mitgliederversammlung. Empfangnahme des Dienstes zum 1. Mai, keine darf fehlen. Anberufen werden am 28. April in der Leichstraße Reichstr. 13 von Abends 6 1/2 Uhr ab durch den Vorsitzenden gesammelt und verteilt. Aktion: Abteilung II, Wichomstr. 83, abends 7 1/2 Uhr: Vortrag und Übungsstunde. Abteilung IV, Charlottenburg, Kaiser-Friedrich-Str. 45b, muß die Lehrstunde wegen der Kaiserfeier auf den 8. Mai verlegt werden.

Weitrausfahrten für das mittlere Norddeutsches bis Dienstag, 7 Uhr, Seilweiser, aber früh, mit öfter wiederholten Rückfahrten und ziemlich lebhaften weilschen Winden.

Verantwortlich für Politik: Felix Müller, Charlottenburg. Für den örtlichen Teil des Platzes: Alfred Scholz, Neukölln; für den östlichen Teil: Fritz Meier, Berlin; für den westlichen Teil: H. M. S. Berlin. Druck: Vorkonferenz-Verlag und Verlagsgesellschaft Paul Singer u. Co. in Berlin, Lindenstr. 3.

Drei arge Feinde.

Gicht, Rheumatismus und Gegendruck (Gicht) heißen sie. Sie fordern ihre Opfer ebenso grausam, wie es in alten Zeiten die Pestschwelle tat.

Gicht, Rheumatismus und Gegendruck haben nicht nur die gleiche äußere Veranlassung (Erfältung), sondern auch die gleiche innere, nämlich Vergiftung des Blutes durch zurückgehaltene Harnsäure.

Die Harnsäure ist ein giftiger Abfallstoff, der übrig bleibt bei der Verwertung der Nährstoffe in Kraft und Wärme, genau so wie beim Verbrennen der Steintable Schmelze übrigbleibt.

Die Harnsäure muß regelmäßig aus dem Blut entfernt werden, wie die Schmelze unter dem Dampfdruck, sonst entstehen Störungen.

Die Harnsäure legt sich an bestimmten Stellen fest und verursacht Entzündungsercheinungen, die je nach der Naturanlage der betreffenden Person

und je nach den näheren Umständen verschiedener Art sein können.

Die Harnsäure kann sich in Form fester Kristalle in den Gelenken und Sehnencheiden ablagern, wo sie rasende Schmerzen und heftige teigige Schwellung und Nötigung verursacht. Später entstehen an diesen Stellen harte, knötliche Anschwellungen, die sich zu tödlichen Verküppelungen der Hände ausbilden können.

Sie kann auch ohne Ablagerungen eine heftige Entzündung der Gelenke oder Muskeln veranlassen und wird lebensgefährlich, wenn sie den Herzmuskel ergreift wird.

Sie kann endlich eine Entzündung großer Nervenstränge herbeiführen, die sich in neuralgischen Schmerzen des Gesichtes, des Kopfes (Kopfschmerzen), der Nerven, besonders aber des großen Hüftnerven (Gegendruck, Gichtas) äußern.

Man benutze dagegen früher mit Vorliebe das

Gift der Herbstzeckflöhe, welches ein Bestandteil der meisten alten, „unfehlbaren“ Gichtmittel ist.

Mancher, der solche Mittel benutzte, ist durch dieselben für immer von seinen Schmerzen erlöst worden — durch den Tod, denn Vergiftungsfälle waren nicht selten, und die Mittel wirkten auch nur vorübergehend.

Auch die später viel verordnete Salicylsäure ist nicht ungefährlich, dauernde Gellung bringt sie ebensovienig.

Große Beliebtheit im Volke genießen verschiedene scharfe Einreibungen und Pflaster, und es ist wahr, daß sie durch Anregung des Blutumlaufes in dem erkrankten Körperteile die Entzündung vorübergehend beseitigen können. Das nützt allerdings nicht dauernd, aber es kann die Schmerzen lindern. Als gründliche Kur ist „Gichtosin“ zur Entfernung der Harnsäure von zahlreichen Gezeiten als gut erprobt worden.

Es enthält die Salze, welchen eine Anzahl der berühmtesten Heilquellen ihre gute Wirkung verdanken in verflüssigter Form, alle Stoffe aber, welche die Wirkung abschwächen oder welche keine Wirkung haben, sind weggelassen.

Dadurch wird eine sehr schnelle Auflösung und gründliche Entfernung der im Körper abgelagerten und im Blute vorhandenen Harnsäure erreicht, ohne daß es nötig ist, sich monatelang in einem Kurort aufzuhalten, große Mengen Mineralwasser zu schlucken und strenge Diätvorschriften einzuhalten.

Das ist nicht nur angenehmer und bequemer, sondern auch viel billiger.

Zum Versuch erhält jeder, der danach schreibt, eine genügende Probe und eine Gebrauchsanweisung vollständig gratis vom Generaldepot: Siltoria-Apotheke, Berlin A. 291, Friedrichstraße 19.

Berliner Konzerthaus
CLOU, Mauerstraße 82.

Ab 1. Mai d. Js.

Wiener Praterleben
Cafékonzert 4 bis 6 bei freiem Eintritt
Wochentags.
Ab 7 Uhr Eintritt 1 Mark.

Admirals-Palast.
Täglich 1/8 Uhr
Sonntags 3 u. 7 Uhr
Die neuen Ballette.
Im Gespensterschloß
Wiener Walzer
außerdem
Tanz-Revue



Krampfader, Venenentzündung.

Chemiker Groß-Berlins
schließt Euch zusammen!
Erscheint zur 206/16

Gründungsversammlung
der Ortsgruppe Groß-Berlin
Montag, den 28. April 1919, abends 8^{1/2} Uhr a. L.
im Saale des Hofmannhanes, Sigismundstraße 4.

Bund der angestellten Chemiker
Akademikerbund d. chemischen Industrie

Noch einmal mußt du helfen!

Unsere 800000 gefangenen Brüder leiden bitter Not an Leib und Seele. Gemeinsam bilden sie auf die Heimat; laß ihre Hoffnung nicht zuwanden werden.

Drum gib schnell und reichlich dem deutschen Hilfswort für die Kriegs- und Zivilgefangenen.

Rauchtabak
von privat gesucht, Scher, Augsburgstr. 26, Stpt. 1-77.
Zigarren: 100 St. 20, 200 St. 30, 300 St. 40, 400 St. 50, 500 St. 60, 600 St. 70, 700 St. 80, 800 St. 90, 900 St. 100, 1000 St. 110, 1100 St. 120, 1200 St. 130, 1300 St. 140, 1400 St. 150, 1500 St. 160, 1600 St. 170, 1700 St. 180, 1800 St. 190, 1900 St. 200, 2000 St. 210, 2100 St. 220, 2200 St. 230, 2300 St. 240, 2400 St. 250, 2500 St. 260, 2600 St. 270, 2700 St. 280, 2800 St. 290, 2900 St. 300, 3000 St. 310, 3100 St. 320, 3200 St. 330, 3300 St. 340, 3400 St. 350, 3500 St. 360, 3600 St. 370, 3700 St. 380, 3800 St. 390, 3900 St. 400, 4000 St. 410, 4100 St. 420, 4200 St. 430, 4300 St. 440, 4400 St. 450, 4500 St. 460, 4600 St. 470, 4700 St. 480, 4800 St. 490, 4900 St. 500, 5000 St. 510, 5100 St. 520, 5200 St. 530, 5300 St. 540, 5400 St. 550, 5500 St. 560, 5600 St. 570, 5700 St. 580, 5800 St. 590, 5900 St. 600, 6000 St. 610, 6100 St. 620, 6200 St. 630, 6300 St. 640, 6400 St. 650, 6500 St. 660, 6600 St. 670, 6700 St. 680, 6800 St. 690, 6900 St. 700, 7000 St. 710, 7100 St. 720, 7200 St. 730, 7300 St. 740, 7400 St. 750, 7500 St. 760, 7600 St. 770, 7700 St. 780, 7800 St. 790, 7900 St. 800, 8000 St. 810, 8100 St. 820, 8200 St. 830, 8300 St. 840, 8400 St. 850, 8500 St. 860, 8600 St. 870, 8700 St. 880, 8800 St. 890, 8900 St. 900, 9000 St. 910, 9100 St. 920, 9200 St. 930, 9300 St. 940, 9400 St. 950, 9500 St. 960, 9600 St. 970, 9700 St. 980, 9800 St. 990, 9900 St. 1000.

Perser Teppich
von privat gesucht, Scher, Augsburgstr. 26, Stpt. 1-77.
Ratgeber für deutsche Auswanderer
Perla 1,45 M. frei Aufnahme, Volkswirtschaftl. Volkshilfe, Verfehr Stuttgart (P) Alexanderstr. 25.

Gr. Billard-Wettspiele
im Kaffee Zielka (Equitable)
Friedrichstr. 59/60, Ecke Leipziger Straße.
Wettspiele der 10 bedeutendsten Billardmeister Mitteleuropas.
Täglich von 3 Uhr ab, Eintritt frei.

Haut- und Harnarzt
Dr. med. Geyer,
Friedrichstr. 181 (an der Karstraße.)
Spr. 10-1, 5-8, 12/11
Erfolgreiche Behandlung.

Goldfüllfeder Echt Gold, in Diamant Iridium-Spitze

14 Mk. **Sicherheits-Walter** 15 cm lg. 35 Mk. 12 Wochen Umtauschrecht. Alle Systeme

FINK
Berlin, Friedrichstr. 74 V und 183 V

Reparaturen aller Systeme
Prospekt gratis

Verordnung
über die Aufhebung der gewerbsmäßigen Stellenvermittlung im Gastwirtsgeerbe im Bezirk des Demobilisierungsausschusses Groß-Berlin.

§ 1. Auf Grund des § 6 der Verordnung des Bundesrats über die wirtschaftliche Demobilisierung vom 7. November 1918 (Reichsgesetzblatt 1918 Seite 1282) wird hiermit folgendes verordnet:

§ 2. In den dem Demobilisierungsausschuss Groß-Berlin angeschlossenen Gemeinden wird die gewerbsmäßige Stellenvermittlung für das Gast- und Schankwirtsgeerbe verboten.

§ 3. Sämtliche Arbeitgeber im Gast- und Schankwirtsgeerbe im Bezirk des Demobilisierungsausschusses Groß-Berlin werden verpflichtet, dem Arbeitsnachweis der Stadt Berlin, Abteilung für das Gastwirtsgeerbe, Zögertstraße 11, je eine offene Stelle und jede Belegung einer Stelle innerhalb drei Tagen zu melden.

§ 4. Das unmittelbare Aufsuchen einer Stelle oder die Erlangung eines Auftrags beim Arbeitgeber ohne Vermittlung des Arbeitsnachweises sind dem Arbeitgeber und dem Arbeitnehmer unzulässig. Ausnahmen können vom Ausschuss der Groß-Berliner Arbeitsnachweise oder in dessen Auftrag von dem Rat der Stadt Berlin für das Gastwirtsgeerbe der Arbeitsnachweise der Stadt Berlin im Einzelfalle oder allgemein ausgesprochen werden. In diesen Ausnahmefällen bleibt aber die Pflicht des Arbeitgebers bestehen, die Belegung der Stelle innerhalb drei Tagen dem Arbeitsnachweis der Stadt Berlin zu melden.

§ 5. Die Stellenvermittlung durch private Vereine, welche von ihren Mitgliedern Beiträge oder Eintrittsgelder erheben, wird der gewerbsmäßigen Stellenvermittlung gleichgestellt.

§ 6. Arbeitgeber und Arbeitnehmer, welche gegen diese Verordnung verstoßen, werden für eine von dem Rat der Stadt Berlin oder von einer durch dieses eingesetzten paritätischen Kommission zu bestimmende Zeit von der Vermittlung ausgeschlossen.

§ 7. Zuwiderhandlungen der Stellenvermittler werden mit Geldstrafe bis zu 1000 Mk. im Nichterfüllungsfall mit Haft bestraft.

§ 8. Die Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.
Berlin, den 24. April 1919.
Demobilisierungsausschuss Groß-Berlin.
Wernich.

Tgl.-Nr. 438 A. N. 18

Juwelen, Brillanten, Perlen
dem heutigen hohen Preise entsprechend zu kaufen gesucht.
Margraf & Co. am Hof, Berlin
Ranowerstr. 9, Fernsch. Zentrum 6864.

Haut- und Harnarzt
Sanitätsrat Dr. Müller,
Friedrichstraße 193 II,
Eingang Kronenstraße.
Spr. 11-1, 5-7, Sonnt. 11-1.
Erfolgreiche Heilerfolge.

Lernt dekorieren!
Privatschule für Schaufensterdekoration von
Gustav Förster,
Berlin W. 4, Leipziger Str. 41, Prospekt V, gratis.

Piano-Adam
Pianos, Stutzflügel, Harmonien
jeder Holz- und Stilart.

Gebrauchte Instrumente in eigener Reparaturwerkstatt wie neu hergestellt, unter voller Garantie. Verkauf nur gegen Kasse, daher billigste Preisberechnung. Annahme von Aufarbeiten, en., Reparaturen und Stimmungen.

Münzstr. 16

Hohe Provision
zahlung für die Beschaffung von Kautschuk in Massenberei, Resolventberei, Stanzerei, Röh- und Schwelzmaschinen, Werkzeugbau sowie Anfertigung in Seiten von kleinen Maschinen und Apparaten aller Art; auch Arbeiten von höchster Präzision. Maschinen für Automobil- und Eisenbahnindustrie bevorzugt. Maschinenpark etwa 100 Maschinen. Oberleitung mit Zeichnungen oder Muster erhalten an
Maschinenfabrik Hermann Sieglitz,
Berlin O 27, Markthofstr. 4/6.

Haut- und Harnarzt
Dr. med. Kochen,
Friedrichstr. 81 gegenüber Panoptikum
Königstr. 58-57 gegenüber Rathaus.
Spr. 10-1 u. 5-8, Sonnt. 10-1.
Erfolgreiche Behandlung.

Vereinigung der Rechtsfreunde,
Berlin N 24, Friedrichstr. 127, nahe Karlstr.

die Rechtsauskunft des großen Publikums!

Prozessabteilung, Sprechzeit 9-8.
Bisher über 120000 Ratsuchende.

Dr. med. Laabs
Haut- u. Harnarzt.
Erfolgreiche Behandlung.
Königstr. 34/36
Alexanderplatz.
10-1, 5-8, Sonnt. 10-1.

Keine Wanze mehr M. 2,-
nur mit Kammerlinder Bergs Nicodanil u. H zu erzielen.
Jetzt beste Zeit zur Brutvernichtung.
Erfolgt verlässlich. Kinderrecht anzuwenden. Gesetzlich geschützt. Doppelpaket M. 2,-. Ausreichend für 1 bis 3 Zimmer und Betten.
66/19
Alleinverkauf: Sämtliche Warenhäuser A. Wertheim.
Bei Eins. von M. 2,40, oder Postcheckkonto Berlin 31280 portofr. Zus. durch Herrn A. Grossel, Berlin, Königstr. 57/58.

Haut- und Harnarzt
Dr. med. Masché,
Friedrichstr. 99, direkt am Stadtbahnhof.
Spr. 10-1 u. 5-8, Sonnt. 11-1.
Erfolgreiche Behandlung.

Alte Gebisse pro Zahn bis M. 6.50.
für den gewöhnlichen Platin-Zahn M. 0,70 bis 1,50. Platin-Silber-Zahn M. 2,- bis 3,-. Platin-Platten-Zahn M. 4,- bis 6,50. Für Gold-Platin-Gebisse höchste Tagespreise. 20/1

Hotel „Grüner Baum“, Berlin W. 8.
Kronenstr. 26-28, Zimmer Nr. 1. Frau Meschig.

Zähne m. echtem Friedenskautschuk 4 M.
3 Jahre Garantie. Zahnärztliche u. Behandlung bei Bestellung u. Gebissen gratis. Goldzahn 6,30 Mk. an. Spritz-Zahn ohne Zahnarzt. Zahnärztliche Praxis Gausmannstr. 17.

Haut- und Harnarzt
Dr. med. Wockenfuß,
Friedrichstr. 125, Oranienburger Tor.
Spr. 11-1, 6-7, 12/7
Erfolgreiche Behandlung.

Ersatz-Räder
Kasten- u. Leiterwagen
in allen Größen
G. Wagner,
Cöpenicker Str. 71.

Schwer- und Leichtgespanne Möbeltransporte
bis 50 km per Achse
Fuhrhalterei Zentrum,
August Marks,
Prenzlauer Str. 27,
Königstadt 3/76.

Wie ein Wunder
besitzt
San-Rat Haussalbe
jed. Hautgesch., Flecht-, Hautjuck-, bes. Reinschad., Krampfadern der Frauen u. dergl. in Originaldosen (25/75) erhältlich in der „Eisenstein-Apotheke“ Berlin SW 19, Leipziger Straße 14 (a. Dönhofstr.)

Sektkorke,
gebraucht, Stück 20 Pf., Weinkorke, lange, Stück 4 Pf., kauft Sperber, Zehdenicker Straße 13 (Rosenthaler Tor), Nordend 4803.

Lombard-Haus
H. Graff, Leipz. Str. 75 II
Höchste Belebung
Diskret, Reclite
Gelegenheitskäufe, Uhren, Brillanten, Schmucksachen.
10-50% unt. Ladenpr.
Neue und gebrauchte
Pianos
in jeder Preislage große Auswahl.
Teiltzig, gestattet.
Sachter & Co.
Oranienburgerstr. 42

Schreibmaschinen
Große Ausw. all. System. Rechen-, Heft-, Kopier- u. Vervielfältig.-Maschinen.
Organisations- und Bureau-Möbel
Eig. Reparatur-Werkstatt u. Organisationsbureau
Wilhelm Dreusicke
Kommandantenstr. 60

Gegen unreines Blut
zum Auswaschen aller Schichten aus den Gefäßen gibt es nichts Besseres als Wapfeler Sauerfrucht Nesselwurz-Pillen ganz bef. bei Ausflüssen, Geschwülsten, reter Haut, Nerven, Blutentzündung und Verdauung. Dose M. 5,50 nur von Apoth. Sauerfrucht Besf. Spremberg 2. 44.
Sportbill. Berlin und. Garantie jahrelang vollkommene vom 22. April an täglich frisch reinen, schönen
Tabak-Priem
Sauerwurz la-Rioffe. Probe 100 Rollen 108 M. Probe 100 Stangen 95 M. Tabakgroßhandlung J. S. Wagner, Berlin W, Steinmetzstr. 51. Amt Kurfürst 2910.

!!! Geld !!!
für jede Veranlassung. Höchste Ankaufspreise für Goldschmuck, Brillanten, Goldgegenstände, Teppiche, Bilder usw. Wolff, Friedrichstr. 41 III. Gde. Roßstr.

Sucht Meister
möglichst aus der Provinz. Gutes Gehalt, Freiarbeitung mit Gemütsruhe. Gemeinnützlich werden in Aussicht gestellt, doch wird nur auf erste Reakt telegraphiert. Bis in der Höhe ist die Produktion völlig selbstständig zu übernehmen und zu leisten. Ausschreib. 08, unt. 14. L. 3680 an Rudolf Mosse, Düsseldorf, 34/7

Wanzen und Motten mit Brut
werden radikal vernichtet durch **Wanzen- und Mottenmittel Pfeifferol** in Flaschen zu 5,-, 3,50, 2,-, 1,25 und 0,50 Pfennig überall zu haben. — Herr Karl Schwabe, Drogerie, Perleberger Straße 25, schreibt: Senden Sie mir wieder je ein Gros von den großen, je zwei Gros von den kleinen Packungen Wanzen- und Mottenmittel Pfeifferol (50 Pfennig) Rundpost ist mit ihrem Präparat außerordentlich zufrieden.

Kopf- und Haarwasser Pfeifferol gegen Unzeiler für Kinder, Flasche 2,75 Mark und 1,75 Mark.
Parasiten-Liniment Pfeifferol gegen Ungeziefer, 2,75 Mark, 1,75 Mark.
Tricresol-Puder Pfeifferol gegen Flöhe, Dose 1,25 Mark.
Kinder-Puder Pfeifferol, bestes Einströmmittel für Kinder.
Toilette-Haarwasser Pfeifferol gegen Kopfschuppen und Schlingen, ein ideales Haarpflegemittel, Flasche 2,50 Mark.

Apotheker Otto Pfeiffer & Piehler, n 65, Schulstr. 17,
Lieferanten der Deutschen Armee in Fußpflege-, Ungeziefer- und Prokura.